

FSG

Personalvertretung

.wien

5. Ausgabe, Juni 2018



Deutschförderklassen:
Jetzt reden die Betroffenen

**Neue
Kooperative
Mittelschule**

**Auf der
Fahrt ins
Türkis-Blaue**

GEM EINSAM

like



Vor allem in Ballungsräumen regt sich immer mehr Widerstand gegen die unüberlegte und überhastete Einführung von Deutschförderklassen. Flashmobs in Linz und Demos in Wien zeigen, dass die eigentlichen ExpertInnen im Bildungsbe- reich, LehrerInnen und DirektorInnen, nicht bereit sind, Maßnahmen mitzutragen, die nicht dem Kindeswohl, sondern lediglich der populistischen Meinungsmache dienen.

don't like



Konservative GewerkschafterInnen greifen die Gemeinde Wien an, weil diese nicht die Voraussetzungen für die Einführung von Deutschförderklassen schafft. Man kann und muss die Gemeinde Wien sicher für Einiges in die Verantwortung nehmen. Aber am unausgegorenen Konzept der Deutschförderklassen trägt sie keine Schuld. Das parteipolitische Taktieren und Agieren sowie das gegenseitige Ausspielen von Bund und Land führt zu keinen Lösungen.



Horst-E. Pinterich

TUN statt jammern!

Ein Runder Tisch hat stattgefunden und alle sind sich wohl einig, dass dies ein wichtiger erster Schritt war. LehrerInnen verbindlich darüber zu informieren, welche Möglichkeiten ihnen im Falle des Falles zur Verfügung stehen, schafft Sicherheit. Auch Strafen als Sanktionsmöglichkeiten werden vielerorts diskutiert und müssen Bestandteil eines Maßnahmenkatalogs sein. Strafen werden aber erst dann wirksam, wenn bereits etwas geschehen ist. Wir wären nicht Lehrerinnen und Lehrer geworden, würden wir nicht der Präventionsarbeit breiten Raum geben. Was es dazu braucht, wurde bereits oftmals kundgetan.

- Doppelbesetzungen in der ersten und zweiten Schulstufe um den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden.
- Zweites Pflichtjahr im Kindergarten um eine gute Entwicklung der Kinder sicher zu stellen.
- SozialarbeiterInnen für jeden Standort, um sich unmittelbar um Themenfelder im schulischen Umkreis kümmern zu können.
- BeratungslehrerInnen

und SchulpsychologInnen, die gezielt mit gefährdeten Kindern arbeiten können.

- Räumliche Ressourcen, die den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen entsprechen.
- Administrative Unterstützung und schlanke Verwaltung, um DirektorInnen für die pädagogische Arbeit freizuspielen.
- Gemeinsamer Ethik- und Religionsunterricht, um das gegenseitige Verständnis und das Wissen übereinander zu fördern.
- Echte Autonomie für die Schulen, um sich den Herausforderungen des jeweiligen Standortes zielgerecht widmen zu können.
- ...

Und bei alledem darf Folgendes nicht übersehen werden: Die Probleme unserer Gesellschaft können nicht von den Lehrerinnen und Lehrern allein gelöst werden!

Genießen Sie Ihren Sommer! Sie haben ihn sich verdient!

Horst-E. Pinterich



MMag. Dr. Thomas Bulant

Ich bin Lehrer von Beruf

„Die Schule braucht keine Eskalation, sondern einen Gesellschaftsvertrag.“

Österreich hat in der öffentlichen Wahrnehmung nur mehr ein Thema: Ausländer, Flüchtlinge, Parallelgesellschaften. Oberflächlicher Symptombekämpfungskampagnen folgt einer oft durch Praktiker zu Recht erstellten Analyse, ohne für die gegenwärtigen Herausforderungen die gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ursachen der letzten Jahrzehnte in Betracht zu ziehen. Religion wird zum Spielball der Politik wie in früheren Jahrhunderten. Die einen halten das Kreuz einem Kreuzritter gleich in die Kamera, die anderen lassen Kinder in einer Moschee

nationalistisch missbrauchen. Im Umgang mit Religion und Nationalismus sind alle Parteien, aber vor allem die ÖVP zu kritisieren, die seit mehr als 30 Jahren ununterbrochen unterschiedlichen Regierungen angehört hat. Es ist ein besonderes politisch-strategisches Meisterstück, wenn die türkise ÖVP nun bestürzt von Lehrkräften und Schulleitungen aufgezeigte Fehlentwicklungen im Integrationsbereich aufgreift und sich gleich einer unbefleckten Empfängnis als Heilsbringerin dieser Thematik verschreibt. Dieses politische Lehrstück, wie man vom Versager in der

Integrationspolitik zum „Wonderboy“ im Kanzleramt (Wolfgang Fellner in „Österreich, 29.4.2018“) werden kann, ist nur möglich geworden, weil es die SPÖ verabsäumt hat, entsprechend ihrer internationalistischen und feministischen DNA vehement gegen nationalistische und frauenfeindliche Strömungen unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit aufzutreten.

Der deutsche Lyriker Franz Emanuel Geibel verfasste 1861 in einem Gedicht die Zeile „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“. Welches Unglück der Missbrauch dieser Zeile im Zeitalter des Imperialismus und Nationalismus über die Welt gebracht hat, ist jedem bekannt. Umso hellhöriger müsste man sein, wenn es heute wieder Staaten, Religionen, Volksgruppen gibt, die sich anderen gegenüber überlegen und einzigartig darstellen und den gesellschaftlichen Diskurs über ein notwendiges Pflichtprogramm hinaus verweigern. Die Innen- und Wirtschaftsminister der einst christlichen Volkspartei haben zwar mit Duldung der Sozialdemokratie die „Ausländer“-Gesetzgebung in den letzten 30 Jahren verschärft, in der Regierung Schüssel jedoch aus rein kapitalistischem Interesse die größte Zuwanderung billiger Arbeitskräfte aus dem Ausland ohne Druck einer Flüchtlingswelle zugelassen.

Was wollen uns Kurz und Strache sagen, wenn ab dem nächsten Schuljahr drei Tage Schulschwänzen verhältnismäßig strenger und höher bestraft werden als ein Unternehmen, das Arbeitskräfte unangemeldet beschäftigt und Steuern sowie Sozialversicherungsabgaben hinterzieht? Diese populistischen, vor allem an Symbolen verhafteten Aktionen der türkise geführten Regierung lösen nicht die Probleme, sie dienen vor allem dem Vertuschen einer langjährigen gescheiterten Integrationspolitik. Die daraus resultierende gesellschaftliche Segregation ist einerseits durch schwarze bildungspolitische Dogmen, andererseits durch eine unreflektierte Subventionspolitik bei Kindergärten im rot-grünen Wien verstärkt worden. Während im einen Lager diskutiert wird, wie sich „Gutmenschen“ gegen islamistische, gegen die Prinzipien der Aufklärung gerichtete Tendenzen engagieren können, ist dem anderen Lager die Eskalation recht, solange die Wiener Stadtregierung unter Beschuss steht.

Kostbare Zeit geht verloren. Wir in den Schulen versuchen unser Bestes, wissen aber, dass es mehr sein müsste. Nur durch einen Gesellschaftsvertrag jenseits religiöser oder nationaler Divergenzen können unterschiedliche Menschen und ihre Interessen zusammengeführt werden. Die Basis dafür sind nicht naive politische Visionen, sondern beinharte wirtschaftliche Grundlagen. Österreich





müsste in Zeiten der Hochkonjunktur in Bildung und sozialen Ausgleich investieren. Eine verpflichtende Sprachförderung über die Schule hinaus in die Familien hinein wäre zu finanzieren. Eltern hinsichtlich

ihrer individuellen und gesellschaftlichen Verantwortung zu schulen, wäre das Gebot der Stunde. Die Menschen müssen miteinander in Kontakt treten. Dazu bedarf es der Mediation, wie sie die Pädagogik,

die Sozialarbeit und interkulturellen Teams leisten können. Wir brauchen menschliche Ressourcen und keine Kürzungen im System. Ob die aktuelle Regierung dafür die richtige ist?

Auf der Fahrt ins Türkis-Blau: Armut inbegriffen

Elisabeth Tuma



Abschaffung der Aktion 20.000:

Tausende ältere Langzeitarbeitslose bleiben arbeitslos, erhalten eine niedrigere Pension und müssen von der geplanten Mindestsicherung leben.

Die Notstandshilfe wird durch die **Mindestsicherung** ersetzt:

Etwaige Ersparnisse müssen aufgebraucht sein, bevor man diese beziehen kann, Wohnraum im Eigentum geht an den Staat, es werden keine Pensionsversicherungszeiten mehr erworben. Jeder Verlust des Arbeitsplatzes birgt das Risiko des sozialen Absturzes.

Kürzungen bei der Mindestsicherung werden vor allem kinderreiche Familien und Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen am stärksten betreffen und in die Armut treiben. Keine Verlängerung des **Arbeitslosengeldbezuges** durch Krankenstände, außer bei stationären Aufenthalten, wird vielen die soziale Absicherung kosten.

Wohnen wird teurer: Die Aufhebung des Lagezuschlagverbots in Gründerzeitvierteln und die Abschaffung der Wohnbauinvestitionsbank wird zu höheren Mieten führen und die Errichtung von leistbarem Wohnraum einschränken.

Keinen Ausbau von **Kindergärten** sieht das Budget 2019 vor sowie empfindliche Kürzungen bei den Familienberatungsstellen.

Der Stopp des Ausbaus von **Ganztagschulen** wird Müttern die Erwerbstätigkeit erschweren und Kindern bessere Bildungschancen nehmen. Mehr ganztägige Schulformen hätten nicht nur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ganzheitlichere Kinderbildung, sondern auch ein direktes wie indirektes Beschäftigungspotenzial sowie Staatseinnahmen bedeutet.

Der geplante **Familienbonus** wird allen, die unter 1.250 Euro verdienen, nicht zu Gute kommen. Doch je höher das Einkommen der Eltern ist, desto höher ist der Familienbonus, ein Steuerbonus, das dann ungedeckt ausgeschöpft werden kann. Ein Viertel der Eltern, besonders Alleinerziehende, wird trotz Berufstätigkeit von dieser Maßnahme nicht profitieren, und Kinder in armutsgefährdeten Familien verlieren noch stärker.

Nicht nur rhetorisch sollten folgende Fragen verstanden werden:

Ist es **christlich und sozial** Menschen weiter in den Abgrund zu treiben und Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern zu vernichten - anstatt Chancen und Existenz zu sichern?

Welches Bild von **Freiheit** hat man, wenn die Freiheit der Schwächsten beschnitten wird?

Mag. Roland Csar



(Be)merkenwertes zur Rechtssicherheit Feststellungs- oder Nachtragsprüfung?

Lang hatte es gedauert, bis er sich mit diesem Programm angefreundet hatte. Aber jetzt... das hatte schon auch seine guten Seiten. WiSion... nicht geheuer war ihm das am Anfang, aber inzwischen konnte er gut damit umgehen. Er hatte sich die Fehlstunden seiner Schülerin herausgefiltert und konnte es gar nicht glauben, als er die Summe sah. Auf keinen Fall konnte er sie beurteilen und auch kein anderer Kollege. Diese vielen Fehlstunden konnten nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entsprechen, um zu einer Beurteilung zu kommen.

Er blätterte sofort in seinem Rechtssicherheitsheftchen nach und war sehr überrascht.

Weder SchUG noch die LBVO definieren eine Mindestquote der Anwesenheit eines Schülers zur Gewinnung einer Jahresbeurteilung. Die Entscheidung darüber hat der Lehrer alleine zu treffen. Es besteht die Möglichkeit, auf individuelle Situationen des Schülers Rücksicht zu nehmen.

Kann eine Beurteilung nicht erfolgen, so ist laut § 20 Abs.2 SchUG eine Prüfung durchzuführen. Grundsätzlich ist dies eine Feststellungsprüfung, von

der der Schüler zwei Wochen vorher zu verständigen ist. Tritt der Schüler zu dieser Prüfung nicht an, kann keine Beurteilung erfolgen und auch die Ablegung einer Wiederholungsprüfung kommt nicht in Frage. Bei gerechtfertigtem Fernbleiben ist unverzüglich ein neuer Termin festzulegen.

Beruhet das Versäumnis des Unterrichts aber nicht auf eigenem Verschulden des Schülers, ist laut § 20 Abs.3 SchUG eine Nachtragsprüfung vorgesehen. Diese ist vom Schulleiter, nach Ansuchen der Erziehungsberechtigten vor der Beurteilungskonferenz, auf mindestens acht, höchstens aber zwölf Wochen zu stunden.

Bei negativer Beurteilung der Nachtragsprüfung gibt es die Möglichkeit einer Wiederholung.

Es wird eine Prüfung pro Tag durchgeführt und schriftliche Aufzeichnungen sind zu führen.

In seinem Kopf schwirren die Begriffe und Paragraphen nur so herum. Feststellungsprüfung oder Nachtragsprüfung, das war jetzt die Frage im Falle seiner Schülerin. Auf jeden Fall würde er sich morgen mit seinem Schulleiter in Verbindung setzen. In der angenehmen Atmosphäre der Direktion ließ sich so etwas am besten diskutieren.

SCHLUSS mit lustig



Die „Neue Kooperative Mittelhauptschule“ soll attraktiver werden,...

...muss daher reformiert werden und das zum gefühlten hundertsten Mal. Im Ministerratsvortrag zum Pädagogik-Paket des türkisen Bildungsministeriums, das während des nächsten Schuljahres für den Sep-

tember 2019 fit gemacht werden soll, ist zu lesen: *Die beabsichtigten Reformen betreffen die Noten, Notensystematik, die Möglichkeiten der Leistungs-differenzierung und die inhaltliche Schwerpunktbil-*



derung an der Mittelschule (z. B. MINT, musische, sportliche oder sprachliche Ausbildung). Dazu wird ein Prozess mit den Stakeholdern (Eltern-, Lehrer-, Schülervertretern, Wissenschaft etc.) sowie den Bildungsdirektoren eingerichtet.

Die Verlogenheit der Bildungspolitik in Österreich wird damit wieder einmal auf die Spitze getrieben. Ja, der siebenteiligen Notenskala wird keiner nachweinen. Deren Einführung war für die ÖVP eine Bedingung, damit die NMS gestartet werden konnte. Ja, die Sinnhaftigkeit von KEL-Gesprächen ist zu überdenken. Wir haben eben auch bildungs- und sprachferne Familien, die das Instrumentarium nicht nutzen wollen oder können. Ja, anstelle von nur Teamteaching kann auch dem Kleingruppenunterricht der Vorzug gegeben werden, wie er heute schon aufgrund § 31a SchUG möglich ist. Aber wer daraus schließt, dass jene Kinder, die heute auf allen Vieren in und durch die AHS-Unterstufe kriechen, in Zukunft der neuen NMS – vielleicht mit einem neuen türkisen Türschild – deswegen die Tore einrennen werden, ist ein Träumer oder Demagoge. Während es am Land immer eine funktionierende Gesamtschule – egal, ob sie Hauptschule oder NMS hieß - gegeben hat, haben die Ballungsräume zwei Gesamtschulen: das Gymnasium und die Restschule. Die türkis-blaue Bildungspolitik zementiert, dass die zukünftigen Leistungsträger nach vier Jahren Volksschule nicht mehr „von Bildungsfernen und Ausländern belästigt“ werden. Man muss schon ein bisschen auf die eigenen Kinder schauen – oder? Wie groß muss dann aber der Kulturschock bei einer Fahrt mit der U6 für jene sein, die das Schutzreservoir AHS verlassen haben? Unbeantwortbar. Wie wäre es mit einer anderen Frage? Wie viele menschliche Ressourcen und Kompetenzen gehen unserer Volkswirtschaft durch diese Segregation verloren, da in vielen Schulen keine Peers vorhanden sind?

Was man zuerst trennt, ist später sehr teuer wieder zu vereinen, um ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu verhindern. Aber das interessiert die derzeitige Regierung nicht, wie ihre geplanten Maßnahmen belegen: Segregierende Sprachförderung, Talente-Checks als Schulwegorientierung, Zugangsbeschränkungen für die AHS und eine Renaissance für A- und B-Zug in der NMS. Die Folgen liegen auf der Hand: Die Volksschulen werden einer kindgerechten Pädagogik entfremdet. Es wird sich alles nur um die eine Frage drehen: AHS or not AHS? Die Schülerpopulation wird einer mehrmaligen Spaltung unterzogen werden. Öffentliche NMS werden mit dem privaten Sektor vermehrt konkurrieren müssen. Wird am Ende des Tages die öffentliche Schule in Frage gestellt werden? Die wirklichen Ziele neoliberaler Bildungspolitik werden uns nicht transparent gemacht, sind aber zu erraten. Mir graut davor.

MMag. Dr. Thomas Bulant

Christlicher Lehrerfunktionär greift FSG-GÖD Jugend für ihren offenen Umgang mit Religionen an

Christoph Kubu



Eine tolerante, offene, friedliche Gesellschaft...

Dieses Ziel hat die Sozialdemokratie schon vor langer Zeit als eines der ihren definiert. Eine Gesellschaft, in der sich jeder und jede als Teil eben dieser fühlt. Eine Gesellschaft, an der jeder und jede gerne teilnimmt und an deren Weiterentwicklung aktiv und stetig gearbeitet wird. Es gibt vieles, was es dafür braucht und relativ wenig, was es dazu nicht braucht.

Zu den Dingen, die einer friedlichen Gesellschaft entgegenstehen, zählen der Faschismus, der Turbokapitalismus und der Klerikalismus.

Auf die ersten beiden muss hier wohl nicht genauer eingegangen werden, auch wenn sich Geschichte leider oft wiederholt. Alle drei finden sich auf einem alten, aber nach wie vor aktuellen Zeichen der Sozialdemokratie, symbolisiert durch drei nach unten gerichtete Pfeile, um den Widerstand gegen diese deutlich zu machen.

Wie erwähnt, ist auch dem Klerikalismus einer dieser Pfeile gewidmet.

Doch was bedeutet Klerikalismus eigentlich?

Laut Wikipedia folgendes:

Klerikalismus (von Klerus) bezeichnet das Bestreben, der Geistlichkeit einer Religion mehr Einfluss in einem Staat zu verschaffen (im Gegensatz zu Laizismus), oder das Bestreben, der Geistlichkeit innerhalb einer Religion im Vergleich zu den Laien mehr Gewicht zu geben (im Gegensatz zu Antiklerikalismus).

Kurz gesagt: die Einflussnahme von Religionen auf den Staat. Denn auch eine verstaatlichte Religion steht einer toleranten, offenen und friedlichen Gesellschaft entgegen. Das zeigen nicht nur viele Beispiele religiös geführter Länder, sondern auch der Umstand, dass es nicht „die“ Religion gibt. Ganz im Gegenteil.

Es gibt viele verschiedene und jede beansprucht die „Wahrheit“ für sich. Das ist im Privatbereich kein Problem und Religionen geben vielen Menschen Halt und Orientierung. In einem Staat, in dem Menschen mit unterschiedlicher Weltanschauung leben, die gemeinsam

eine Gesellschaft schaffen sollen, in der sich jeder und jede als Teil eben dieser sieht, wird es aber zu einem. Das erleben wir in zunehmendem Ausmaß jeden Tag.

Ein Lösungsansatz ist das komplette Abschotten; das „mia san mia“-Prinzip und das Aufhängen „gut sichtbarer“ religiöser Symbole als Zeichen dafür. „Die anderen“, die sich diesem Traditionsbewusstsein nicht verbunden fühlen, sollen sich anpassen oder gehen. Stellt sich nur die Frage wohin, als in diesem Land Geborene/r.

Das ist für uns als SozialdemokratInnen keine gute Lösung. Wir wollen eine Gesellschaft in der sich der Staat nicht in das Privatleben gläubiger Menschen einmischt und dieses respektiert. Respekt und Toleranz liegt immer Wissen zugrunde. Erst wenn Menschen über die Ansichten anderer Bescheid wissen, können sie darauf eingehen und Gemeinsamkeiten entdecken. Diese Wissensvermittlung über alle Glaubensrichtungen sollte unserer Meinung nach möglichst früh in einem verpflichtenden Schulfach geschehen.

In der aktuellen LehrerInnenzeitung der christlichen GewerkschafterInnen nimmt ein Gewerkschafter und Religionslehrer unsere Idee zu einem gemeinsamen Unterricht über Religionen und Ethik zum Anlass, um uns, der FSG-GÖD Jugend, unsoziales Vorgehen zu attestieren. Weiters führt er aus, wie wichtig ein konfessioneller Religionsunterricht sei, da dieser unter anderem zur Bewahrung der Schöpfung ermutige. Diese und ähnliche radikale Äußerungen lehnen wir ab, da die These des sogenannte „Intelligent Designs“, welche davon ausgeht, dass die Evolutionstheorie falsch sei, zur Verunsicherung vieler SchülerInnen führt. So kommt es immer wieder vor, dass SchülerInnen im Biologieunterricht völlig verwirrt fragen, ob der Mensch und der Affe nun gemeinsame Vorfahren hätten, oder ob das, was sie in der Stunde zuvor im Religionsunterricht gelernt haben, stimme. Oftmals fehlt hier eine Differenzierung, welche man bei Kindern auch nicht voraussetzen kann. Ganz besonders betroffen macht uns aber die Behauptung im Artikel unsere Unterstützung der „Initiative Religion ist Privatsache“ sei gelöscht worden. Falls dem so ist, muss es sich um einen Irrtum handeln. Denn die FSG-GÖD Jugend unterstützt diese Initiative nach wie vor und wir freuen uns, dass die christliche Gewerkschaftsfraktion einen Screenshot davon gemacht hat.

Wie eingangs erwähnt, ist die eigene Religion für uns nicht nur etwas Privates, sondern auch etwas sehr Intimes. Die öffentliche Schule sollte mit den besten zur Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, eine fundierte Wissensvermittlung zu diesem Thema zu gewährleisten, wie sie es auch in allen anderen Schulfächern tut, ergänzt durch eine „Herzensbildung“, die den Grundstein für Toleranz gegenüber anderer Religionen und Ansichten legt.

Vielleicht hätte das von uns geforderte Fach auch dem Verfasser des Artikels in der christlichen Gewerkschaftszeitung dazu verholfen, andere Meinungen nicht aufgrund der eigenen Ideologie vehement abzulehnen, sondern zuerst den Dialog zu suchen.

Wir freuen uns über jeden sachlichen Meinungsaustausch im Sinne der österreichischen SchülerInnen.





Mag. Dr. Rudolf Beer, BEd

Arbeiten im sozialen Brennpunkt

Sozialer Brennpunkt

Unter einem sozialen Brennpunkt kann jenes Viertel einer größeren Stadt gesehen werden, in dem eine wohnräumliche Segregation erkennbar ist, welcher mit einer negativen Exklusion der Bewohnerinnen und Bewohner einhergeht. Solch ein sozialer Brennpunkt ist gekennzeichnet durch einen überhöhten Anteil an Arbeitslosigkeit, einen hohen Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern, welche auf staatliche Zahlungen angewiesen sind, an Ausländern, an Kriminalität, an Drogenkonsum und Drogenhandel und eine verstärkte soziale und kulturelle Ausgrenzung. Bauliche Defizite, ungepflegte Umgebungen kennzeichnen die räumliche Struktur. (Fölker et al., 2015, S. 9)

Oft werden diese Problemviertel von den ‚Normalbürgerinnen und -bürgern‘ verlassen, da sie ein Leben nach ihren Vorstellungen in solchen Umgebungen nicht führen wollen bzw. können. Die soziale Entmischung verstärkt die negativen Effekte. Ein sozialer Brennpunkt ist also besonders durch negative Charakteristika geprägt, welche es den Bewohnerinnen und Bewohnern erschwert, sich von diesem negativen Bild in der Öffentlichkeit zu befreien (Niedermüller, 2004, S. 6ff). Dieses besondere Klima beeinflusst nicht nur das Leben der erwachsenen Wohn-

bevölkerung dieses Viertels negativ, sondern auch die Entwicklung ihrer Kinder (Dreier et al., 2004, S. 128).

Brennpunktschulen

An Brennpunktschulen in diesen Vierteln wiederum kumulieren Kinder mit sozialer Benachteiligung und Marginalisierung, Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache, Kinder aus einkommensschwachen oder auch bildungsfernen Familien. Die soziale Entmischung wird aber auch durch die Schulwahl seitens der Eltern vorangetrieben. So besucht in der Bundeshauptstadt mittlerweile fast jedes fünfte Schulkind eine Privatschule. Österreichweit liegt der Anteil der Kinder, welche eine Privatschule besuchen, nur bei 10 %. Dadurch verstärken sich die Ungleichheiten an den öffentlichen Pflichtschulen in sozialen Brennpunkten nochmals.

LehrerInnenbelastung

Die große Zahl verschiedenster Aufgaben kennzeichnet den Lehrberuf: unterschiedliche Belastungen im Unterricht, überzogene Erwartungen, ausufernde Aufgabenzuschreibungen und unerfüllbare Rollenerwartungen sowie Konflikte in und rund um Schule, mit denen Lehrpersonen konfrontiert werden. Dies kann Stress bei Lehrerinnen und Lehrern auslösen. Laut

einer Studie fühlen sich österreichweit 45 % der Lehrkräfte durch Stress im Beruf erheblich beeinträchtigt. Unter den vergleichbaren Österreicherinnen und Österreichern liegt der Anteil bei 39 %. Dies dürfte an den besonderen, typischen Charakteristika des Lehrberufs liegen.

Unterrichten im sozialen Brennpunkt

Es liegt der Schluss nahe, dass Lehrkräfte an obig genannten Brennpunktschulen besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Eine aktuelle Pilotstudie (2018) von Frühwirth, Beer und Mayer (<https://journal.ph-noe.ac.at/index.php/resource/issue/view/24>) deckt auf, dass Lehrerinnen und Lehrer an Brennpunktschulen gegenüber Lehrkräften an Schulen abseits sozialer Brennpunkte in ausgewählten Dimensionen signifikant stärker Symptome berufsbezogener Belastung (ängstliche und aggressive Reaktionen) zeigen. Ebenso hat sich sehr deutlich gezeigt, dass Aspekte berufsbezogener Ängste mit Aspekten aggressiver Reaktionen von Lehrerinnen und Lehrern im schulischen Kontext im Zusammenhang stehen.

Diese besondere Herausforderung der Lehrkräfte an Brennpunktschulen sah schon der damalige Bundeskanzler Christian Kern, als er die besonderen Maßnahmen der Bundesregierung für

Brennpunktschulen 2017 skizzierte: „Mit Maßnahmen wie Zusatzmittel für Schulen aus dem Integrationstopf, die für Sprachförderung, zusätzliche Sozialarbeiter und LehrerInnen an Brennpunktschulen fließen, haben wir wichtige Schritte gesetzt, die fortgesetzt werden müssen“ (Bulant, 2017, S. 3).

Kindern Lebensperspektiven eröffnen

Gerade in sozialen Brennpunkten kommt es der Schule und den Lehrkräften zu, gesellschaftlich kompensatorisch tätig zu sein, soziale und kulturelle Probleme anzunehmen, kindliche Belastungen aufzufangen, Defizite auszugleichen und den Kindern ein Mehr an Bildungs- und Lebenschancen zu eröffnen.

Damit stellt sich aber schon auch die Frage, ob die Überbelastung der Lehrerinnen und Lehrer an Brennpunktschulen nicht dem pädagogischen Anspruch, den dortigen Schülerinnen und Schülern günstige Lebensperspektiven zu eröffnen vehement entgegenwirkt. Umso bedeutsamer sind alle strukturellen Maßnahmen das Belastungspotential der Lehrkräfte an Brennpunktschulen zu senken und zusätzliche pädagogische Maßnahmen zu setzen, um letztendlich den dortigen Kindern die notwendige Bildungsgerechtigkeit zu Teil werden zu lassen.



120.000 Menschen am 1. Mai 2018 auf der Wiener Ringstraße

Widerstand gegen Deutschförderklassen Jetzt reden die Betroffenen

FSG fordert autonome Rechte für die Schulpartner.

Trotz vernichtender Kritiken hat die Regierungsmehrheit aus ÖVP und FPÖ im Mai 2018 ihre Deutschförderklassen beschlossen. Positiv daran klingt nur das Wort. Die Öffentlichkeit wurde getäuscht, denn die Deutschförderklassen sind ein gewaltiger Eingriff in die Schulorganisation, ohne dass mit den Betroffenen und der Gewerkschaft Gespräche geführt worden sind. Nun regt sich Widerstand. Die Praktiker an den Schulen formieren sich, die Gewerkschaft droht mit gewerkschaftlichen Maßnahmen.

Danke an 2551 Wiener Lehrer und Lehrerinnen



Als erste Protestmaßnahme übermittelten Karin Medits-Steiner, Personalvertreterin der Wiener Landeslehrer/innen, und Thomas Bulant dem Ministerium 2500 Unterschriften von Wiener LehrerInnen. In deren Petition beklagen sie die Streichung von Sprachförderlehrer/innen, Schulsozialarbeiter/innen und interkulturellen Teams. Damit Integration in den besonders belasteten Klassen der Ballungsräume gelingen könne, seien unter anderem zusätzliche Ressourcen für Integrationsmaßnahmen und Doppelbesetzungen in Volksschulklassen notwendig.

Meinung der roten Lehrer und LehrerInnen

Alles neu macht der Schulschwänz-Paragraph?

Wenn Pflichtschüler der Schule ferne bleiben, tun sie das zumeist entschuldig. Nicht sozial oder psychisch bedingte Schulverweigerer, sondern jene Schüler, die aufgrund günstiger Flüge und Urlaubsangebote in der Nebensaison, religiöser Feste oder der Verlängerung von Ferien im Unterricht fehlen und im Nachhinein aus gesundheitlichen Gründen entschuldig werden, führen die Schulpflicht ad absurdum. Dieses entschuldigte Fehlen war mit den bisherigen Maßnahmen nicht in den Griff zu bekommen. Die nun geplante zwingende Strafanzeige nach drei Tagen unentschuldigter Absenz wird daran nichts ändern. Kopfweh, Zahnschmerzen und Übelkeit werden zunehmen. Wenn die Schule nun unabhängig von der Ursache nach drei Tagen den Strafantrag stellen muss, ist kein soziales oder psychisches Problem eines Schülers gelöst, den Lehrkräften aber eine bürokratische Mehrarbeit über neun Jahre sicher. Den Schulen wird die bisherige Autonomie genommen, Fristen und Maßnahmen auf den individuellen Fall abzustimmen.



Deutschförderklassen/Deutschfördergruppen

Ungeklärte Fragen vor dem Schulbeginn 2018/2019
Sprache hat im Prozess der gesellschaftlichen Integration eine herausragende Bedeutung. Ungleichheiten im Zugang zu Bildung ebenso wie zu sozialen Kontakten sind wesentlich durch sprachliche Kompetenzen in der jeweiligen Landessprache bedingt.

„Durch eine deutlich intensivere Sprachförderung wie bisher, einen eigenen Lehrplan, standardisierte Testverfahren und die Möglichkeit des semesterweisen Übertritts sollen Schülerinnen und Schüler künftig treffsicherer gefördert werden“ 2018.

Bedauerlicherweise sind noch immer viele Fragen zu dem am 17. Mai 2018 durch die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ im Parlament beschlossenen Gesetzespaket ungeklärt.

Die Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer (Bundesleitung 10) fordert das BM:BWF auf, im Rahmen von sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen

- Planungssicherheit vor dem Sommer 2018 in Bezug auf die Veränderungen durch die Errichtung der Bildungsdirektionen, im Bereich der Sonderpädagogik und in der Sprachförderung zu gewährleisten,
- die autonomen Spielräume der Schulstandorte in allen pädagogischen und organisatorischen Bereichen zu erhalten und weiter auszubauen sowie die dafür erforderlichen Ressourcen bereitzustellen,
- Die Forderungen in der gewerkschaftlichen Begutachtung vom 12. April 2018 sind daher zu berücksichtigen.

Sollte das BM:BWF dazu nicht bereit sein, sind weitere gewerkschaftliche Maßnahmen zu beschließen.

Begründung:

Grundsätzlich muss festgestellt werden, dass aufgrund der bisher fehlenden bundeseinheitlichen Richtlinie für die Geschäftsordnung in den Bildungsdirektionen in Folge des Bildungsreformgesetzes die Aufgabenprofile für Schulleitungen und Schulaufsicht unklar und der Einsatz von sonderpädagogischen Ressourcen (auch wegen der Umstellung von ZIS auf FIDS) an den Schulstandorten ungewiss sind.

Personalvertretung und Gewerkschaft haben sich mit den am 17. Mai 2018 durch den österreichischen Nationalrat beschlossenen gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung von Deutschförderklassen/Deutschförderkursen im Detail beschäftigt (siehe auch Stellungnahme der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer vom 12. April 2018) und stellen fest, dass aufgrund der unzureichenden Vorbereitung durch das BM:BWF (Lehrplan, Diagnoseinstrumentarium, Schulungsmaßnahmen für Schulleiter/innen und Lehrer/innen, Nichtbeachtung der bereits absolvierten schulischen Vorarbeiten für das Schuljahr 2018/19, ...) organisatorische Probleme im Schuljahr 2018/19 die Schulen belasten werden.

Die Erfüllung der gemäß § 2 PVG uns überantworteten Verpflichtung, "die Interessen der Bediensteten zu wahren und zu fördern" und auf die Einhaltung und Durchführung der zugunsten der Bediensteten geltenden Rechtsnormen zu achten, sehen wir als gefährdet. So sind zum Beispiel in der Frage der erneuten Reform der Sprachfördermaßnahmen gesetzlich fixiert, ohne die Erfahrungswerte der Pädagoginnen und Pädagogen an den einzelnen Schulstandorten zu berücksichtigen. Außerdem wird der im Zuge der Verhandlungen zum Bildungsreformgesetz 2017 so oft gebrauchte Begriff der Autonomie durch diese übereilte Maßnahme des Dienstgebers „ad absurdum“ geführt, weil die Weiterführung/Weiterentwicklung erfolgreicher autonomer Sprachfördermodelle verhindert wird.

Die Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer (Bundesleitung 10) bedauert, dass das BM:BWF die seit Schulbeginn 2016/2017 begonnene Sprachfördermaßnahmen „Sprachstartgruppen und Sprachförderkurse“, für die eine Evaluierung bis Ende Jänner 2019 fixiert wurde, auslaufen lässt und eine erneute Reform der Sprachfördermaßnahmen gesetzlich fixiert, ohne die Erfahrungswerte der Pädagoginnen und Pädagogen an den einzelnen Schulstandorten zu berücksichtigen. Außerdem wird der im Zuge der Verhandlungen zum Bildungsreformgesetz 2017 so oft gebrauchte Begriff der Autonomie durch diese übereilte Maßnahme des Dienstgebers „ad absurdum“ geführt, weil die Weiterführung/Weiterentwicklung erfolgreicher autonomer Sprachfördermodelle verhindert wird.

Für die Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer

Paul Kimberger, Bundesvorsitzender
Martin Höflehner, Vorsitzender-Stellvertreter
Thomas Bulant, Vorsitzender-Stellvertreter



Wien, 23. Mai 2018

Aufmarsch der Empörten
Bildung für alle statt für Eliten
Demo am 9.6.2018, 14 Uhr
Treffpunkt: Urban-Loritz-Platz
Ziel: Minoritenplatz

ACHTUNG KINDER! Infoblatt

- Unlösbare Aufgabe zu Schulbeginn: bis zu 500 Deutschklassen in Wien
- Deutschkurse werden um 5 Stunden pro Woche gekürzt
- Statt guter Klassengemeinschaft, häufiger Klassenwechsel
- 150 SprachlehrerInnen weniger in Wien.
- Zusätzliche Belastungen für alle Eltern und Kinder durch Prüfungen bei der Schuleinschreibung
- Schwarz-blauer Bildungsfleck





Kabarett



Markus Hauptmann ist Kabarettist und Volksschullehrer aus Wien. Seine Programme #Kidz und Highlights aus der Schule sind auf sämtlichen Kabarettbühnen des Landes zu sehen.

Alle Infos auf www.markushauptmann.com

Liebe Genossinnen und Nussini

Wissenschaftler haben herausgefunden... und sind dann wieder hineingegangen.

Nein - Blödsinn.

Es war mein alljährlicher Wellnessstag im Shoppingcenter. Ihr werdet euch jetzt fragen, wie - was -wo? Wellnessstag im Shoppingcenter? Ja klar - nachdem wir keine Schwerverdiener sind, ist Loipersdorf einfach nicht drin. Aber egal... ich spar mir meine 10 € brav zusammen (mit Hilfe des 13. und 14. Monatsgehalts), dann wechsle ich diese auf 5x2 Euro-Münzen (das wär eigentlich ein schönes Rechenbeispiel für die Zentralmatura, aber ich will ja niemanden überfordern), und - zu guter Letzt - setz ich mich auf die Massagesessel in der Shoppingcity und lass mich ordentlich durchkneten. Wer braucht schon den ganzen Luxus? Wer braucht schon eine echte Sauna? Wenn ich saunieren will, zieh ich mir eine Daunenjacke an und setz mich in die Lampenabteilung beim Möbelix. Lehrer brauchen Strategien um Geld zu sparen. Ich spar auch beim Entertainment. Wenn ich Spaß haben will, geh ich nicht einfach in den Prater oder schau mir im Kabarett irgendwelche Lehrer an, die offenbar fest daran glauben, auch nur annähernd lustig zu sein. Nein. Ich stell mich mit einem Föhn auf die Triesterstraße und spiel Radarpistole. Lustig, wie die Autos alle runterbremsen.

Und wie ich da so sitze in meinem Wellnessstempel, zieht eine Kindergeburtstagsgruppe vorbei, die

gerade aus dem Mc Donalds rollt und lautstark singt: „Wie schön, dass du geboren bist, wir hätten dich sonst sehr vermisst...“ Ich sitze da und denk mir, während ich so an meinem Quinoa-Smoothie sauge: „Wie kann man jemanden vermissen, der gar nicht geboren ist?“ Auf was war der Mensch, der dieses Lied erfunden hat? Ich hätte gerne ein Zehntel davon und damit wahrscheinlich immer noch die volle Dröhnung.

Das hat schon was von den Klo-Superhelden. Das hab ich jetzt schon von vielen Schulen gehört, dass dort die Klo-Heroes gekürt werden, um die Kids zu motivieren, die Aborte sauber zu halten. Quasi für dreimal nicht daneben Pinkeln, gibts die goldene Klobürste. Ganz ehrlich, ich hätt als Kind justament daneben gemacht. Nur damit ja niemand auf die Idee kommt, mir eine Klobürste zu überreichen. In der Aula. Beim Schlussfest. Vor 300 Schülern und 900 Eltern (auch das wär ein schönes Rechenbeispiel für die Zentralmatura, aber da steigt dann endgültig aus). Das kriegt kein Psychologe der Welt mehr aus dir raus.

Und wie ich da so sitze, kommt ein Typ des Weges und setzt sich neben mich. Er redet mich an:

„Darf ich Ihnen etwas über Jesus erzählen?“ Drauf sag ich: „Jesus? Das ist doch der, der Wasser zu Wein gemacht hat! In einer Wüstenregion. Wasser gibt Flüssigkeit. Wein entzieht Flüssigkeit. Sie sehen worauf ich hinaus will?“

Er ist wütend aufgesprungen und hat beim Weggehen noch irgendwas von „Fegefeuer“ und „unter höllischen Schmerzen verenden“ gesagt.

Ich hab ihm noch nachgeschrien: „Sei immer du selbst. Außer du kannst wie Batman sein. Dann sei wie Batman.“

Warum ich euch dies alles erzähle? Nun, weil ich glaube, dass HC Strache, als er dieses Zeichen mit den 3 Fingern gemacht hat, nicht wie allgemein angenommen, 3 Bier bestellen wollte, sondern er hat schlicht und ergreifend keine Ahnung gehabt, wie man Victory buchstabiert. Und darum: Bildung ist die Antwort.

Ich weiß, diese Kolumne ergibt keinen wirklichen Sinn, aber das tut unsere Bundesregierung auch nicht, also: Gleiches Recht für alle.

Schönen Sommer und brav bleiben,

Markus



Horst-E. Pinterich

Aus der Kanzlei



Kritik an Deutschförderklassen

Viele kritische Stellungnahmen gab es zum Gesetzesentwurf hinsichtlich der geplanten Deutschförderklassen. Auch die ZAG der PflichtschulleiterInnen Wiens äußerte ihre Bedenken sowohl in organisatorischer Hinsicht (Ressourcen), als auch inhaltlich (Segregation). Eine weitere kritische Stellungnahme kam von der Kinder- und Jugendanwaltschaft.

Ich hatte im vergangenen Schuljahr im Rahmen eines EU Projektes die Möglichkeit gemeinsam mit dem Wiener Kinder- und Jugendanwalt Mag. Ercan Nik Nafs sogenannte „Willkommensklassen“ in Berlin zu besuchen. Dies ist insofern interessant, als gerade Berlin von den Erfindern der Deutschförderklassen gerne als Testimonial angeführt wird. Lesen Sie hier Auszüge aus der Stellungnahme, die Mag. Ercan Nik Nafs für die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs verfasst hat.

„Die Kinder und Jugendanwaltschaften Österreichs erteilen der Regierung für die geplanten Änderungen von Gesetzen im Schulbereich ein klares „Nicht genügend“. Der Entwurf ... ist nach Auffassung der KIJAs gänzlich abzulehnen, da er dem Wohl des Kindes widerspricht. Besonders starke Kritik richtet sich gegen die angedachte Einführung von separaten Deutschförderklassen ...

Das Gesetzesvorhaben schafft für eine unverhältnismäßig langandauernde Zeit eine deutliche Benachteiligung für schulpflichtige Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Aufgrund des vorliegenden Gesetzesvorhabens kann den Kindern mit nicht „ausreichenden Deutschkenntnissen“ bis zu zwei Unterrichtsjahre der Regelunterricht verwehrt werden. Der Entwurf bleibt zudem eine genaue Definition „ausreichender Deutschkenntnisse“ schuldig und die Beschreibung der Instrumente, mit denen die „ausreichenden Deutschkenntnisse“ der Kinder gemessen werden. ...

Um zu wissen, wie wenig erfolgsversprechend für die Integration, das von der Regierung vorgeschlagene Modell ist, reicht es, zum deutschen Nachbarn zu schauen. In Berlin wurden sogenannte „Willkommensklassen“ für neuzugewanderte Kinder eingeführt, die identisch zum Vorhaben des vorliegenden Entwurfes organisiert sind. Eine durch die Beauftragte der deutschen Bundesregierung für die Flüchtlinge, Migration und Integration unterstützte Untersuchung zeigt



mehrere Problembereiche in sogenannten „Willkommensklassen“ auf.

Die Untersuchung stellt zudem fest, dass dort, wo Kinder in altersentsprechenden Regelklassen unterrichtet wurden und ergänzende Sprachförderung erhielten, weitaus weniger organisatorische Probleme auftraten als in den „Willkommensklassen“. Ein weiterer Vorteil bei der direkten „Eingliederung der neu eingewanderten oder sprachlichen schwachen Kinder in die Regelklasse“ war die ausbleibende Stigmatisierung der Schülerinnen und Schüler als gesonderte Gruppe.

Der im Gesetzesentwurf geplante Ausschluss der Kinder in den Deutschförderklassen von der Schülervertretung, dem Schulforum und dem Schulgemein-

schaftsausschuss ist eine schwere Verletzung des Rechtes der Kinder auf Partizipation und Mitbestimmung und ist eindeutig zu verurteilen. Zudem stellt dieser Ausschluss ein wesentliches und unverständliches Versäumnis dar, jungen Menschen demokratische Werte zu vermitteln. ...

Wie am Beginn festgehalten, erachten die Kinder- und Jugendanwaltschaften aller neun Bundesländer den vorliegenden Entwurf zur Gänze gegen das Wohl des Kindes und ersuchen die verantwortlichen Entscheidungsträgerinnen und -träger von ihrem geplanten Vorhaben Abstand zu nehmen.




Gleichzeitig wollen wir der Bundesregierung für eine gegenwarts- und zukunftsorientierte Schule die Empfehlung aussprechen, dass die Schule für Kinder

zu einem Ort der Entfaltung und des Schutzes sowie des Friedens entwickelt werden sollte. Die Kinder benötigen in den Schulen – unter der Einbeziehung der Eltern – unabhängig von Sprachkenntnissen sowie ethnischer, sozialer und kultureller Zugehörigkeit eine gesetzlich sichergestellte alters- und kindgerechte pädagogische und sozialarbeiterische Betreuung, die den Kindern die besten Chancen für die Gegenwart und Zukunft sichert.“

Link zur Untersuchung:
https://www.bim.hu-berlin.de/media/Beschulung_Bericht_final_10052017.pdf

Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien: www.kja.at




Autonomiesplitter 2018/19

-  Schulforum beschließt auf Vorschlag der Schulleitung Gruppengrößen
-  Schulforum beschließt auf Vorschlag der Schulleitung schulzeitliche Regelungen an Halbtages- und Ganztageschulen
-  Schulforum beschließt die Durchführung und Terminfestlegung von (Eltern) Sprechtagen

~~Schulautonome Weiterführung erfolgreicher Sprachfördermodelle~~

~~Schulautonome Handhabung von Maßnahmen im Falle des Schulschwänzens~~

~~Klassenbildung und Klassenzuteilung aufgrund von Elternwünschen und schulautonomen Intentionen aufgrund der Einführung von verpflichtenden Deutschförderklassen~~

-  Schulautonome Entscheidung über die Wahl der Differenzierungsmaßnahmen an der NMS.
-  Schulautonome Entscheidung über die Leistungsbeurteilungsform in der Volksschule.
-  Schulautonome Gestaltungsmöglichkeiten im Konflikt mit der Streichung der Zusatzmittel aus dem Integrationstopf.

IMPRESSUM:

Medieninhaber: FSG-GÖD, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Herausgeber: MMag. Dr. Thomas Bulant, 1010 Wien, Schenkenstraße 4/5, e-mail: thomas.bulant@fsg-pv.wien, Tel.: +4369919413999
Redaktion: Horst-E. Pinterich
Grafisches Konzept und Layout: Christoph Kubu
Adresse: 1010 Wien, Schenkenstr. 4/5. Stock, Tel.: 01 53 454/567
e-mail: office@fsg-pv.wien, Internet: www.fsg-pv.wien
Hersteller: PG-DVS Druckerei Gerin, Gerinstraße 1-3, 2120 Walkersdorf; gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier (G-Print), empfohlen von GREENPEACE.

für Sie gecheckt

Karin Medits-Steiner

Kalender

Der LehrerInnen – Taschenkalender für jede/n Wiener PflichtschullehrerIn und der

heiß begehrte Stehkalender für Klassenvorstände sind auch für das Schuljahr 2018/19 fertig!

Mit Hilfe künstlerischer Einsendungen zahlreicher KollegInnen gestaltete unser Kreativteam ein tolles Layout!

Ihre PersonalvertreterInnen bringen diese Unterlagen in den nächsten Tagen an Ihren

Standort!

Falls unsere Unterlagen noch nicht bei Ihnen angekommen sind schreiben Sie bitte ein Mail an:

karin.medits-steiner@fsg-pv.wien

Schulplaner

Haben Sie den Schulplaner für das Schuljahr 2018/19 an Ihrem Standort schon erhalten? Das von Thomas Bulant und Georg Rausch entwickelte Heft ist in den letzten Jahren ein gern verwendeter Begleiter in der täglichen Arbeit geworden.

Seine übersichtliche Gestaltung, die aktualisierten Tipps und Kontaktadressen, ausreichend Platz für Termin- und Unterrichtsaufzeichnungen und Notizen erleichtern die tägliche Arbeit von Pädagoginnen und Pädagogen sehr.

Durch die Unterstützung der Österreichischen Beamtenversicherung (ÖBV) kann auch heuer wieder der

Zentralausschuss der Wiener LandeslehrerInnen diese überfraktionell gestaltete Unterlage allen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stellen.

